

Samstag, 09. Mai 2020, Hessische Allgemeine (Kassel-Mitte) /
Stadtteile

Gegen Gewalt und Faschismus

Kirche und Friedensforum gedachten des Endes des Zweiten Weltkriegs in Deutschland

VON PETER DILLING



Mit Transparenten und Slogans: Zahlreiche Friedensaktivisten und linke Gruppen protestierten auf dem Opernplatz gegen Faschismus und Gewalt. Anschließend gingen viele Aktivisten zum Mahnmal der Opfer des Faschismus im Fürstengarten und legten dort Blumen nieder. Fotos: Peter Dilling

Kassel – Dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der damit verbundenen Zerschlagung der Nazi-Terrorherrschaft wurde gestern in Kassel auf unterschiedliche Weise gedacht. Die Spitzen der evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck mit Bischöfin Dr. Beate Hofmann erinnerten daran eher still mit der Niederlegung von Blumen an der Gedenktafel für die in den letzten Kriegstagen am Bahnhof Wilhelmshöhe von der Gestapo ermordeten italienischen Zwangsarbeiter und eines Russen und beschrieben den 8. Mai als Zäsur der deutschen Geschichte, die

auch im Bewusstsein der jüngeren Generation als Mahnung wach gehalten werden müsse.

Dagegen feierten – auch politisch sehr links ausgerichtete – Gruppen bei einer gemeinsamen Kundgebung des DGB, des Kasseler Friedensforums und der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN-BdA) den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus, der zum nationalen Feiertag erhoben werden müsse.

Der DGB habe mit befreundeten Organisationen Ministerpräsident Volker Bouffier schon im Januar dazu aufgefordert, aber bis heute noch keine Antwort erhalten, sagte Jenny Huschke vom DGB-Kreis. Eine entsprechende Petition an die Bundesregierung sei schon von 103 000 Unterstützern unterzeichnet worden, sagte Dr. Ulrich Schneider vom VVN-BdA.

Er erinnerte daran, dass in Kassel die Nazis schon früher als anderswo gewütet und noch in den letzten Kriegstagen Verbrechen begangen haben. Frank Skischus vom Friedensforum appellierte, Demokraten müssten sich für den bedrohten Frieden, für Abrüstung, gegen neue Formen der Gewalt und gegen die Vertiefung der sozialen Gräben überall in der Welt einsetzen. Die Corona-Krise werde von einigen genutzt, „um autoritäre Strukturen zu schaffen und Ungleichheit zu zementieren.“